
FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft



Friedhelm Hengsbach: Ein Ende der Erwerbsarbeit ist nicht in Sicht

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, geb. 1937 in Dortmund, Studium der Philosophie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften in München, Frankfurt und Bochum, Mitglied des Jesuitenordens, lehrt Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M.

In kapitalistischen Marktwirtschaften scheint die Arbeit des Karoserieschweißers auszusterben, in demokratischen Gesellschaften die Arbeit des Dienstmädchens. In der Montagehalle wird die menschliche Arbeitskraft durch Automaten verdrängt; Arbeit im Privathaushalt gilt als entehrend für den, der sie anbietet, und anmaßend für den, der sie nachfragt. Die Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen zieht aus dieser Beobachtung zwei Konsequenzen, nämlich die Beteiligung der Bevölkerung am Produktivvermögen zu erweitern und die Bereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen, auch einfache, niedrig entlohnte Arbeiten zu übernehmen. Sind solche Schlussfolgerungen die einzige Antwort?

Sie klingen ziemlich plausibel, wenn drei Voraussetzungen nicht weiter hinterfragt werden: Dass erstens die verfestigte Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre ein Naturereignis und nicht durch politische Fehlleistungen mitverursacht ist, etwa den Aberglauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes, das Bekenntnis zum schlanken Staat als dem besten aller möglichen Staaten und das Abwälzen der wirtschaftspolitischen Verantwortung auf die Notenbank, als würde eine Politik des knappen Geldes automatisch mehr Wachstum und Beschäftigung herstellen. Dass zweitens die Entfesselung der Marktwirtschaft aus gesellschaftlichen Bindungen, die Polarisierung der Qualifikationen und die Spaltung der Gesellschaften unausweichlich sind und dass sie eine Anpassung des falschen Bewusstseins der Bevölkerung sowie der hohen Erwartungen, die diese an die Erwerbsarbeit richtet, erzwingen; wie sehr solche Trends die Asymmetrie gesellschaftlicher Machtverhältnisse spiegeln, die verändert werden könnten, bleibt ausgeblendet. Und dass drittens die Systeme solidarischer Sicherung weniger effizient als die der privaten Risikovorsorge sind, weil die Umlagefinanzierung im Gegensatz zur Kapitaldeckung vorhandene Wachstums- und Beschäftigungspotentiale blockiert; allerdings setzt eine kapitalgedeckte private Vorsorge die Garantie eines stabilen Geldwerts voraus, während eine umlagefinanzierte solidarische Sicherung auf angemessenes Wachstum und einen hohen Beschäftigungsgrad angewiesen ist.

Führt der rasante Produktivitätsfortschritt, der im industriellen Sektor zu beobachten ist, indem der Produktionsfaktor Arbeit durch die Faktoren Wissen und Kapital ersetzt wird, notwendig zu einer Polarisierung zwischen den qualifizierten Arbeitskräften, die eine hohe Wertschöpfung erwirt-

schaften und hohe Einkommen erzielen, und den niedrig qualifizierten Arbeitskräften mit niedriger Wertschöpfung und geringem Einkommen? Das ist dann nicht der Fall, wenn die asymmetrischen Machtverhältnisse, die in einer kapitalistischen Marktwirtschaft im Eigentum an Produktionsmitteln gründen, durchbrochen werden, wenn den abhängig Beschäftigten das technische und symbolische Wissen, über das sie verfügen, nicht genommen, in Maschinen und Anlagen verkörpert und den Kapitaleignern als Einkommensquelle zugerechnet wird. Aber wie können die unselbständigen Arbeitskräfte souveräne Herren und Frauen des zuerst personen- und menschengebundenen Wissens bleiben? Wie können sie die notwendige Gegenmacht aufbauen, um den Produktivitätsfortschritt in eine faire Beteiligung am Einkommens- und Vermögenszuwachs oder in eine entsprechende Verkürzung der industriellen Erwerbsarbeitszeit umzusetzen?

Kündigt der rasante Produktivitätsfortschritt im industriellen Sektor, wenn die Verteilung der Einkommens- und Vermögenszuwächse fair geregelt ist, das Ende der Erwerbsarbeit an? Selbst wenn die Ausstattung mit Industriewaren auch bei breiten Bevölkerungsgruppen an Sättigungsgrenzen stoßen würde, ist Industriearbeit nicht mit der Erwerbsarbeit identisch, das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft würde nicht mit dem Ende der Industriegesellschaft zusammenfallen. Denn erstens sind noch unzählige Bedürfnisse der Bevölkerung unbefriedigt und dringende öffentliche Aufgaben unerledigt, die einer höheren Lebensqualität der Menschen dienen. Die hohe Bedeutung, die der Eigenarbeit oder der Schattenwirtschaft zukommt, bestätigt diesen Eindruck. Wenn solche Arbeiten ungetan bleiben, liegt das nicht daran, dass sie zu teuer sind. Vielmehr gelingt es der Gesellschaft nicht, den vorhandenen Bedarf in kaufkräftige Nachfrage zu überführen, die Nachfrage nach Gütern und deren Angebot gesellschaftlich zu organisieren und so die wirtschaftliche Wertschöpfung zu steigern. Zweitens ist nicht einzusehen, warum auf die Produktivitäts- und Wohlstandsgewinne, die in der vertikalen und horizontalen Arbeitsteilung, in der professionellen Qualifizierung, im marktwirtschaftlichen Tausch und in der monetären Vermittlung der gesellschaftlich organisierten Arbeit liegen, verzichtet werden sollte. Und drittens scheint in demokratischen Gesellschaften die Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit ein vorzugswürdiger Weg zu sein, damit bürgerliche Freiheitsrechte, wirtschaftliche und soziale Grundrechte und politische Beteiligungsrechte in Anspruch genommen werden können.

Die reifen Industrieländer Westeuropas scheinen an einer Wendemarke angelangt zu sein, die derjenigen vergleichbar ist, von der die Agrarwirtschaften vor mehr als hundert Jahren betroffen waren. Heutzutage sind nur noch zwei bis vier Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, die eine Produktivität erzielt, die höher als die in der Industrie ist. Gleichzeitig findet der Übergang von einer industriellen Konsumgesellschaft in eine kulturelle Dienstleistungs- bzw. Erlebnisgesellschaft statt. Folglich könnten für personenbezogene Dienste in der Schule, im Krankenhaus, im Freizeitbe-

reich, vor allem im kulturellen Bereich neue Märkte erschlossen werden. Auf die Frage, wie derartige Dienste bezahlt werden sollen, gibt es zwei Antworten: Zunächst durch eine Umverteilung der Produktivitätsgewinne, die in der Industrie erzielt werden. Dieser Weg wurde bisher schon bei der Bereitstellung öffentlicher Dienste und bei den Sozialleistungen beschritten. Ein zweiter Finanzierungsweg besteht darin, dass im Bildungssystem solche Qualifikationen geformt werden, die auf eine veränderte Nachfrage nach Dienstleistungen reagieren können. Auch dieser Weg wurde früher schon beschritten: Wie in der Agrarwirtschaft die Nahrungsmittel aus Einkommen bezahlt wurden, die durch Arbeitsleistungen entstanden, wie sie dem Agrarbetrieb gemäß waren, so konnten in der Industriegesellschaft die Autos aus Einkommen gekauft werden, die aus Arbeitsleistungen stammten, wie sie in der Autoindustrie nachgefragt wurden. Vergleichsweise wird der Rechtsanwalt, der den Arzt berät, real mit dem medizinischen Rat bezahlt, den er vom Arzt erbittet.

Das Profil marktfähiger Qualifikationen paßt sich dem Charakter der nachgefragten Dienstleistungen an. In der Industriegesellschaft wurde technisches Wissen abgefragt; man stellte die jungen Menschen in der Schule darauf ein, „messen, zählen und wiegen“ zu lernen, während ihre musischen Begabungen, die sie aus dem Kindergarten mitgebracht hatten, mehr oder weniger unterdrückt wurden. In der kulturellen Dienstleistungsgesellschaft müssen andere Qualifikationen erlernt werden - Sprachvermögen, Beziehungsfähigkeit, Bereitschaft zur Kommunikation, Begleitung und Beratung. Oder die Integration von Sachkompetenz, ethischer Orientierung und ästhetischem Ausdruck.

Der Maßstab für die gesellschaftlichen Bewertung derartiger Qualifikationen muss erst noch gefunden werden. Denn das Maß der in der Industrie bewährten Produktivitätsrate ist dafür ungeeignet, wie ein Vergleich der Produktivitäten, die in den einzelnen Sektoren erreichbar sind, bereits ahnen lässt: Die Produktivität im Bereich der Dienstleistungen ist geringer als in der Industrie und erheblich geringer als in der Landwirtschaft. Der im Agrar- und Industriesektor bewährte Produktivitätsfortschritt bleibt, solange die Wertschöpfung deflationiert wird, an Mengengrößen orientiert: Die zusätzliche Gerste und Milch oder der zusätzliche Stahl und Beton, die ein Erwerbstätiger in einer festgelegten Zeit anhäuft, zeigen den Produktivitätszuwachs an. Würde dieser Maßstab an die Dienstleistung einer Krankengymnastin angelegt, dann würde diese umso „produktiver“ sein, je mehr es ihr gelingt, die Zeitdauer, während der sie eine Reha-Patientin behandelt, zu verkürzen. Sollte jedoch ein derartiges Tempo die Lebensqualität der Patientin und damit den Heilungsprozess insgesamt negativ beeinflussen, scheidet die agrarische und industrielle Produktivität als ausschließlicher Maßstab für die Bewertung personenbezogener Dienstleistungen aus. Bei den personenbezogenen Dienstleistungen stehen Kaufkraft, Wertschöpfung, berufliche Qualifikation und Arbeitseinkommen in einer Wechselwirkung.

Ein Ende der Erwerbsarbeit ist in egalitären Gesellschaften nicht in Sicht. Wenn es gelingt, die Produktivitätsgewinne, die in der Landwirtschaft und in der Industrie bei sinkendem Arbeitsvolumen erzielt werden, fair zu verteilen, besteht die Chance, dass neue reale, arbeitsteilig und professionell geregelte, marktförmig organisierte und monetär vermittelte Kreisläufe personenbezogener Dienstleistungen erschlossen werden.